

VON MICHAEL BAUCHMÜLLER

Die „Freiburger Thesen“ der FDP verstauben längst irgendwo im Parteiarchiv, ein Relikt aus fernem, längst vergessenen Zeiten. Ist ja auch schon über 50 Jahre her, dass sich die Liberalen die Thesen als neues Grundsatzprogramm verordnet hatten. Und zwar eines, das die Umweltpolitik besonders großschrieb. „Umweltschutz hat Vorrang vor Gewinnstreben und persönlichem Nutzen“, hielten sie da 1971 fest. So wichtig war er ihnen, dass sie ihn als Grundrecht im Grundgesetz verankern wollten, in Artikel 2. „Die Umweltkrise ist weltweit“, warnten die Freiburger Thesen. „Sie bedroht auch uns und unser Land.“

Einer von vielen Aufbrüchen war das. Denn so ging es zu in den frühen Siebzigern, nicht nur bei der FDP, und nicht nur in Deutschland. Es ist die Zeit, in der Menschen nach Jahren des Wachstums merken, dass es rund um Fortschritt und Fabriken auch noch Umwelt und Natur gibt. Plötzlich hat der Umweltschutz Konjunktur: In den USA wird „Der stumme Frühling“ zum Bestseller; die Biologin Rachel Carson beschreibt darin ein Massensterben, ausgelöst durch DDT und andere Pestizide. Die Nato macht die Umwelt zu ihrer „dritten Dimension“. Elf Länder schaffen 1971 ein Umweltministerium, darunter auch die DDR. Das Jahr 1972 erklären die Vereinten Nationen zum „Jahr der Umwelt“. Dann kommt die Ölkrise. So ergeht es dem Umweltschutz, seit es den Begriff gibt. Erst ein kleines Pflänzchen, wächst er rasch heran zu einem mächtigen Baum. Doch wenn er so groß ist, dass niemand ihn mehr übersehen kann, trifft ihn ein Blitz aus heiterem Himmel.

Das war Anfang der Siebziger so, die immerhin noch die Geburtsstunde der deutschen Umweltpolitik erlebten; übrigens auch dank der FDP. Das war in den Achtzigern so, als die Grünen entstanden, die Angst um die Erdatmosphäre zu reifen begann und der Atomunfall in Tschernobyl die Beherrschbarkeit von Großtechnik infrage stellte – bis erst die Wiedervereinigung und dann eine Wirtschaftskrise das Thema verdrängte. Und, wie es aussieht, steht derzeit der dritte schwere Rückschlag binnen 50 Jahren an.

Dieser Rückschlag verbindet sich, wie so viel Wandel derzeit, mit dem Begriff „Zeitenwende“. Weil sich die Zeiten mit dem feigen Angriff Russlands auf die Ukraine geändert haben, scheinen alle Gewissheiten überholt. Wer ohnehin mit der Umweltpolitik fremdelte, wer hinter staatlichen Vorgaben Gängelung währte und die Besorgten als Ideologen abtat, dessen Stunde hat nun geschlagen. Zeitenwende, das ist für manche auch das Halali zum großen Rollback. Gibt halt jetzt Wichtigeres, die Prioritäten werden neu geordnet.

Zu bestaunen ist dieses Rollback allenthalben. In Argentinien, dem Senegal oder der Nordsee, wo nun eilends neue Gasprojekte aus der Taufe gehoben werden. Dekarbonisierung, der Abschied von fossiler Energie? Lange her. Kohlekraft, bis gestern noch ein Auslaufmodell, gilt plötzlich selbst in Deutschland als rettender Strohalm. In Bayern wird ein Atomkraftwerk auf dem kleinen Dienstweg für sicher erklärt, und hiesige Landwirte dürfen wieder auf Flächen wirtschaften, deren Schutz eben noch als kleiner Sieg für die Artenvielfalt gefeiert wurde. Das Land erlebt die Umdeutung aller Werte.

Besondere Zeiten, so heißt es dann gern, verlangen besondere Antworten. Aber was ist mit den Antworten, die eben noch als richtig galten? Es ist noch nicht lange her, da gönnte sich das Land den Luxus zweier Kommissionen zur Landwirtschaft, eine zur Tierhaltung, eine zur Zukunft schlechthin. Beide kamen zu dem Ergebnis, dass weniger mehr wäre: weniger Tierhaltung, weniger intensive Landwirtschaft, mehr Natur und Artenschutz. So, wie es ist, folgern beide Kommissionen, kann es nicht bleiben. Doch als mit der Ukraine-Krise die Weizenpreise stiegen, als der Mangel an ukrainischem Getreide die Ärmsten in den Hunger zu drohen stürzte, war die Erkenntnis vergessen. Die neue Wirklichkeit verlangte neue Flächen für den Anbau von Weizen. Sie fanden

sich: ursprünglich zur Stilllegung vorgesehene Flächen, der Artenvielfalt zuliebe. Es wäre es auch anders gegangen, mit weniger Tieren und weniger Futterfläche, mit weniger Agrosprit – ganz im Einklang mit den Einsichten von einst. Stattdessen soll nun ausgerechnet der Artenschutz leiden: Zeitenwende auch für Feldvögel und Schmetterlinge. Auf mehr Rückzugsorte müssen sie noch ein bisschen warten. Mal sehen, wie lange sie warten können.

Es ist noch nicht lange her, da gönnte sich das Land auch den Luxus einer Kommission zum Ausstieg aus der Kohle. Das Ergebnis war ein Kompromiss, der die Interessen der Beschäftigten mindestens so gewichtete wie jene des Klimas. 2038, spätestens, sollte Schluss sein; nach Möglichkeit früher. Erneuerbare Energien müssten die Stromversorgung übernehmen, Deutschland insgesamt effizienter mit Strom umgehen, so die Kommission.

Doch als mit dem Ukraine-Krieg die Gasversorgung eng wurde, durften plötzlich abgeschaltete Kohlekraftwerke wieder ans Netz, und von einem Kohle-Aus vor 2038 wollen vor allem ostdeutsche Bundesländer nichts mehr wissen. Schneller mehr Energie einsparen? Die Potenziale erneuerbarer Energien ausreizen? Mehr Speicher, um das Fehlen von Gaskraftwerken abzufuffern? Manche Erkenntnis der vergangenen Jahre ist im Nebel der Zeitenwende verschwunden.

Auch eine „Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung“ hat sich dieses Land schon gegönnt, sie sollte aus dem Reaktorunglück in Fukushima die richtigen Schlüsse ziehen, es ist noch gar nicht so lange her. Die Kommission empfahl das Ende der Atomkraft bis 2022, „um Risiken, die von der Kernkraft in Deutschland ausgehen, in Zukunft auszuschließen“. Schließlich gebe es risikoärmere Alternativen, stellte sie fest.

Doch 2022 ist das Jahr der Zeitenwende, und der Wind dieser Wende erfasst auch die Beschlüsse von einst. Sie macht nun Leute wieder zu Freunden der Atomkraft, die, wie CSU-Chef Markus Söder, nach Fukushima nicht schnell genug zu glühenden Kernkraft-Gegnern werden können. Sicherheit? Das passt schon! Wen kümmert's schon, dass keine 2000 Kilometer von München entfernt das größte Atomkraftwerk Europas, Saporischschja, am Rande des Abgrunds operiert.

Drei Beispiele nur, aber alle drei zeigen: Diese Zeitenwende erschüttert nicht nur alte Gewissheiten. Sie erschüttert auch Wissen und mühsam erarbeitete Einsichten. Sie wird zum Spielfeld für diejenigen, die ohnehin die Uhren schon lange zurückdrehen wollten; und sie wirft, wenn es ganz dumm kommt, Deutschland um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurück. Und nicht allein Deutschland. Global wird jede neue Investition in Kohle, Öl und Gas auf Jahre hin auch die klimaschädlichen Emissionen in die Höhe treiben – schließlich wird aus neuen Minen und Gasfeldern nicht nur so lange gefördert, bis die Krise vorbei ist, wollen Flüssigerdgas-Terminals auch danach noch genutzt werden. Im Gegenteil: Wenn irgendwann die russischen Exporte wieder auf Hochtouren laufen, wird die Welt überschwemmt werden mit billiger fossiler Energie. Das wird jeden Klimaschutz, jede Investition in erneuerbare Energien umso schwerer machen.

Das paart sich verhängnisvoll mit Rückschlägen auf internationaler Ebene – beim Versuch, als Staatengemeinschaft eine gemeinsame Antwort auf die Klimakrise zu finden. Doch was wird aus allen Anstrengungen, wenn in vielen Staaten die Angst vor teurer Energie schwerer wiegt als die vor dem Klimawandel? Wenn sich mit Russland der größte Flächenstaat aus dem Kreis der Nationen verabschiedet und mit China und den USA die beiden größten Verursacher ihre Klima-Zusammenarbeit auf Eis legen, weil sie über den Status Taiwans streiten?

Es ist nicht lange her, da gingen weltweit Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz auf die Straße. Sie haben viel erkämpft. Doch schon heute wirkt es wie die Erinnerung an glückliche, ferne

Zeiten. Manche mögen zweifeln, ob ihre Überzeugungen und Prioritäten noch die richtigen sind, haben sich doch die Prämissen – scheinbar – geändert. Andere mögen verzweifeln, weil anscheinend alle Erfolge nichts wert waren, alle Aufmerksamkeit plötzlich weg ist. Erfolge auch wie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das die Freiheit künftiger Generationen zu schützen suchte, indem es der gegenwärtigen Generation mehr Klimaschutz auferlegte. Doch derzeit, so erscheint es, bangen alle Generationen gemeinsam weniger um individuelle Freiheiten als um Frieden und Wohlstand.

Die Angst um den Wohlstand stand auch vor 50 Jahren Pate, als die Ölkrise den Umweltschutz von der Agenda fegte. Knapp 20 Jahre später, kurz nach der Wiedervereinigung, gerät die Bundesrepublik in den Strudel einer weltweiten Wirtschaftskrise. Und diesmal ist es auch nicht viel anders. Erst Corona-Krise, dann Krieg: Wenn es der Gegenwart schlecht geht, muss die Zukunft eben warten.

Nur: Ewig geht das nicht gut. Artensterben, Raubbau, Klimafrevel, das alles macht keine Pause, weil die Menschen sich mal eine Zeit lang nicht darum kümmern können. Es wird in größerem Tempo weitergehen, wenn niemand es drosselt. Die nächste Generation, die sich anschickt, die Welt zu verändern, wird vor noch gravierenderen Problemen stehen, sie wird weniger Arten retten können, sie wird noch stärker unter Wetterextremen leiden und sie wird weniger Ressourcen haben, daran etwas zu ändern. Vor allem eine Ressource wird ihr fehlen: Zeit.

All das spricht dafür, Zeitenwende hin oder her, innezuhalten. Noch ist es nicht zu spät, auf Energiesparen zu setzen statt auf mehr Kohle- und Atomstrom. Noch lassen sich die richtigen Flächen umwidmen für den Anbau von Weizen, nicht die für den Artenschutz. Noch lassen sich Infrastrukturen stoppen, die absehbar die fossile Welt verfestigen. Noch bestehen die Strukturen, die in den vergangenen Jahren den Umwelt- und Klimaschutz ins Rampenlicht gerückt haben – und kein Krieg zwingt sie dazu, zu verstummen.

Dieser Gesellschaft mangelt es nicht an Erkenntnis, sie weiß um die Folgen ihrer Versäumnisse für die Chancen künftiger Generationen. Trotzdem hat sie sich schon zweimal beim Aufbruch aus dem Tritt bringen lassen, weil die Gegenwart sich vor die Zukunft schob. Sie sollte das kein drittes Mal zulassen.